

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 12. Februar 1992

am Donnerstag, dem 13. Februar 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	22	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	30
Bachmaier, Hermann (SPD)	93, 94	Matschie, Christoph (SPD)	44, 45
Bindig, Rudolf (SPD)	21	Mehl, Ulrike (SPD)	76, 77
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	95	Michalk, Maria (CDU/CSU)	33, 34
Bulmahn, Edelgard (SPD)	96, 97	Dr. Müller, Günther (CDU/CSU)	23, 24
Bury, Hans Martin (SPD)	17, 58	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	42, 104
Caspers-Merk, Marion (SPD)	9	Opel, Manfred (SPD)	78, 79
Ebert, Eike (SPD)	10, 11	Ostertag, Adolf (SPD)	1, 73
Erler, Gernot (SPD)	64, 65	Dr. Pfaff, Martin (SPD)	56
Dr. Feldmann, Olaf (FDP)	60, 98	Pfuhl, Albert (SPD)	14, 15
Gansel, Norbert (SPD)	18, 88	Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	19, 20
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	89, 90	Scharrenbroich, Heribert (CDU/CSU)	57
Heyenn, Günther (SPD)	86, 87	Schlöten, Dieter (SPD)	16, 50
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	82, 83	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	66, 67
Iwersen, Gabriele (SPD)	38	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	48, 49
Jaunich, Horst (SPD)	71, 72	Schreiner, Ottmar (SPD)	91, 92
Kirschner, Klaus (SPD)	68, 69	Schwanhold, Ernst (SPD)	59
Klemmer, Siegrun (SPD)	27, 28	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia (SPD)	80, 81
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	43, 55	Steen, Antje-Marie (SPD)	74, 75
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	39, 40	Stiegler, Ludwig (SPD)	29, 41
Kolbe, Regina (SPD)	53, 54	Türk, Jürgen (FDP)	46, 47
Kolbow, Walter (SPD)	61, 62	Wallow, Hans (SPD)	2, 63
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	25, 26	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	100, 101
Kronberg, Heinz-Jürgen (CDU/CSU)	5, 6	Weisskirchen, Gert (Wiesloch) (SPD)	51, 52
Kubatschka, Horst (SPD)	7, 102	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (FDP)	103
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	3, 4	Westrich, Lydia (SPD)	36, 37
Kuhlwein, Eckart (SPD)	8, 99	Wittmann, Simon (Tannesberg) (CDU/CSU)	70
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	12, 13	Würfel, Uta (FDP)	31, 32
Dr. Lucyga, Christine (SPD)	84, 85	Zierer, Benno (CDU/CSU)	35

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Sieht sich die Bundesregierung aufgrund der aktuellen Salmonellenerkrankungen veranlaßt, entsprechende gesetzliche Regelungen hinsichtlich der artfremden Massentier- und Käfighaltung mit dem Ziel zu verschärfen, daß Gesundheit und natürliche Abwehrkräfte der Tiere im Interesse der Menschen und der Tiere gewährleistet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen
und Jugend**

2. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmenden Gewaltdarstellungen im Fernsehen, besonders im Hinblick auf ihre Wirkung auf Jugendliche?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die vor der Presse gemachte Zusicherung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, bestätigen, wonach die riesige Menge des bei der Nuklearabrüstung der GUS aus Militärbeständen der ehemaligen UdSSR anfallenden Plutoniums nicht zur Verarbeitung nach Deutschland z. B. nach Hanau gebracht werden?
4. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von Atom-müll-Lagerstätten in Tibet, und ist ihr etwas bezüglich berichteter Nuklearentsorgungspläne zwischen der Republik China (Taiwan) und der Volksrepublik China von einer Einbeziehung Tibets bekannt?

- | | |
|--|--|
| 5. Abgeordneter
Heinz-Jürgen
Kronberg
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Umweltfreundlichkeit der sich seit einiger Zeit im Handel befindlichen Platten aus gebrauchten Getränkeverpackungen bzw. Tetrapack-Tüten? |
| 6. Abgeordneter
Heinz-Jürgen
Kronberg
(CDU/CSU) | Welche heute technisch möglichen Wiederverwendungsmöglichkeiten von gebrauchten Getränkeverpackungen bzw. Tetrapack-Tüten hält die Bundesregierung bei Berücksichtigung der Ökobilanz der entstehenden Produkte für umweltpolitisch sinnvoll? |
| 7. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD) | Inwieweit teilt die Bundesregierung die Ansicht von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie des bayerischen Staatsministers Dr. Gauweiler, der „Grüne Punkt“ des „Dualen Systems Deutschlands“ stelle eine „Mogelpackung“ dar, da hierdurch den Verbrauchern eingeredet werde, durch den Kauf von Produkten mit dem „Grünen Punkt“ umweltbewußt zu handeln? |
| 8. Abgeordneter
Eckart
Kuhlwein
(SPD) | Hält die Bundesregierung an ihrer Auffassung fest, wonach dem Anliegen des Sports, auch in Wohnraumnähe Sportanlagen zur Verfügung zu haben, durch die Sportanlagenlärmschutzverordnung „in ausreichendem Maße Rechnung getragen“ wird (Drucksache 12/1866), oder wird die Bundesregierung im weiteren Verfahren den Gesetzentwurf des Bundesrates unterstützen, der auch die privatrechtlichen Abwehr- und Ersatzansprüche an die öffentlich-rechtlichen Vorschriften nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz anpassen will? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

- | | |
|---|--|
| 9. Abgeordnete
Marion
Caspers-Merk
(SPD) | Gilt die mit Datum vom 3. Dezember 1991 von der Generaldirektion der Deutschen Bundespost POSTDIENST mit der Dienstverfügung 422-1 7981-0 erlassene Regelung, daß zukünftig Dienstwohnungen der Deutschen Bundespost und Bundesmietwohnungen bei Freiwerden nicht mehr neu zu belegen seien und unverzüglich dienstlichen Verwendungen zugeführt werden sollen, für das gesamte Bundesgebiet, und wie viele Wohnungen sind von dieser Verfügung betroffen? |
|---|--|

10. Abgeordneter
Eike Ebert
(SPD)
- In welchem Umfang ist beabsichtigt, Aufgaben des Posttechnischen Zentralamtes (PTZ) in Darmstadt zur Generaldirektion nach Bonn oder nach Berlin zu verlagern, und welche zeitlichen Rahmenbedingungen sind hierfür vorgesehen?
11. Abgeordneter
Eike Ebert
(SPD)
- Sind der Deutschen Bundespost POSTBANK in den erwarteten Einsparungen von ca. 10 Mio. DM durch eine Verlagerung der Zentralstelle POSTBANK in Darmstadt zur Generaldirektion POSTBANK in Bonn Kosten, und – wenn ja – in welcher Höhe für die Umsiedlung der 300 Mitarbeiter und ihrer Familien nach Bonn berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

12. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Begründet das Zustimmungsgesetz zum Nachbarschaftsvertrag mit Polen Verhaltenspflichten für deutsche Staatsangehörige, die in ihrer alten Heimat östlich von Oder und Neiße geblieben sind?
13. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Warum hat die Bundesregierung die betroffenen vertriebenen Sudetendeutschen nicht an dem Vertrag der Tschechoslowakei beteiligt, und welche Chancen sieht die Bundesregierung für die Durchsetzung der Rechte der Sudetendeutschen nach der Unterzeichnung des Vertrages?
14. Abgeordneter
Albert Pfuhl
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Gebäude der ehemaligen DDR-Botschaft auf der Insel Kulosaari im Osten von Helsinki für alle in Helsinki ansässigen Institutionen der deutsch-finnischen Zusammenarbeit, wie Goethe-Institut, Deutsch-Finnische Handelskammer, Deutsche Gemeinde, Deutsche Bibliothek u. a., zur Verfügung zu stellen und somit ein deutsches Zentrum in Helsinki zu schaffen?
15. Abgeordneter
Albert Pfuhl
(SPD)
- Sollte die Antwort aufgrund der Lage des Gebäudes zu diesem Zweck negativ ausfallen, so frage ich, ob die Bundesregierung bereit ist, den Erlös des Verkaufs zum Ankauf oder Bau eines Deutschen Zentrums in Helsinki zu verwenden, damit die o. g. Institutionen zusammen mit dem deutschen Kindergarten eine Heimstatt finden könnten?

16. Abgeordneter
Dieter Schloten
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die neuen osteuropäischen Wirtschaftspartner nicht nur die westliche Wirtschaftsordnung, sondern auch die in den westlichen Ländern im Konsens vereinbarten Richtlinien zur Rüstungsexportkontrolle übernehmen?
17. Abgeordneter
Hans Martin Bury
(SPD)
- Wann und mit welchem Inhalt hat es zwischen Stellen, die der Bundesregierung unterstehen, und israelischen Stellen das erste Mal im Zusammenhang mit der „Godewind“-Affäre Kontakt gegeben?
18. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wann hat der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, das Außenministerium der CSFR davon informiert, daß die Bundesregierung die Bundesmarine nutzen würde, um den ungenehmigten Weitertransport von tschechoslowakischen Panzern auf einem deutschen Schiff noch während der KSZE-Konferenz in Prag zu verhindern, und warum ist das Außenministerium der CSFR nicht gebeten worden, seinerseits über das tschechoslowakische Ausfuhrunternehmen die Rückkehr der „Godewind“ zu veranlassen?
19. Abgeordneter
Dr. Christian Ruck
(CDU/CSU)
- Welche politischen, wirtschaftlichen sowie humanitären Maßnahmen und sonstigen Schritte hat die Bundesregierung – allein oder mit anderen Regierungen bzw. internationalen Organisationen – unternommen oder beabsichtigt sie zu unternehmen, um den neben den Kurden durch die Politik des irakischen Systems ebenfalls besonders betroffenen Assyryern zu helfen, von denen Zigtausende dem Vernehmen nach in den letzten Jahren Gewalt und Terror zum Opfer gefallen sind, noch mehr zwangsumgesiedelt wurden oder fliehen mußten, nachdem man ihre Dörfer zerstört hatte, und ein Teil wegen ihrer oppositionellen Haltung inhaftiert wurde?
20. Abgeordneter
Dr. Christian Ruck
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wurden die Assyryer in die nationalen und internationalen Hilfsmaßnahmen und -programme für die irakischen Flüchtlinge in die Türkei und den Iran eingebunden, soweit sie nicht zufällig davon partizipierten?
21. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, warum von Bürgern der Republik Rußland, welche an der deutschen Botschaft in Moskau ein Visum für die Bundesrepublik Deutschland beantragen, eine Visumsgebühr von einem Rubel erhoben wird, was nach offiziellem Tauschkurs in den

Moskauer Wechselstuben z. Z. einem Gegenwert von 1,3 Deutschen Pfennigen entspricht, und wäre es angesichts des entstehenden Verwaltungsaufwandes (Kassenführung, Abrechnung, Verbuchung im Bundeshaushalt) nicht angebracht, diese Gebührenerhebung ganz einzustellen?

22. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Gegen welche internationalen Verträge bzw. Abkommen verstößt Chile eventuell, indem die chilenische Botschaft in Moskau Erich Honecker weiterhin in der Botschaft duldet, und durch welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher auf die Regierung in Chile eingewirkt, damit diese ihre Botschaft in Moskau veranlaßt, Erich Honecker aus der dortigen Botschaft auszuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

23. Abgeordneter
**Dr. Günther
Müller**
(CDU/CSU)

In welcher Größenordnung hat die Bundesregierung im 1. Halbjahr 1990 noch Warenlieferungen an die Regierung der ehemaligen DDR für den Freikauf politischer Gefangener finanziert?

24. Abgeordneter
**Dr. Günther
Müller**
(CDU/CSU)

Welche Art von Waren wurden im Laufe dieser Geschäfte, nach Öffnung der Mauer, an die verschiedenen Regierungen der früheren DDR geliefert, und welche Firmen in der Bundesrepublik Deutschland waren an diesen Geschäften beteiligt?

25. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung ein Personalfehl beim Bundesgrenzschutz (BGS) von 6000 bis 7000 Polizeivollzugsbeamten (PVB) bekannt, und ist die Bundesregierung bereit, zur kurzfristigen Lösung dieses Problems Angehörige des Zollgrenzdienstes, die durch die neue Entwicklung in Europa freigesetzt werden, oder Zeitsoldaten nach einer entsprechenden Anpassungsfortbildung als PVB in den BGS zu übernehmen?

26. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für den Bundesgrenzschutz (BGS) als Polizei des Bundes eine eigenständige Besoldung zu schaffen, die u. a. nach Abschluß der Laufbahnprüfung die Einstufung als Polizeimeister (Bes.-Gr. A7) und nach

Beendigung der Probezeit die Beförderung zum Polizeiobermeister (Bes.-Gr. A8) vorsieht, wenn nein, warum nicht?

27. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß der Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31. August 1991 sowie der Ministerpräsidentenbeschluß vom 4. Juli 1991 und die Protokollerklärung aller Länder zu Artikel 5 § 3 Abs. 2 verwirklicht werden können, und wird dies von der Bundesregierung befürwortet?

28. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)

Unterstützt die Bundesregierung die Meinung, daß RIAS Berlin als ein Programm, das in den schwierigen Jahren der Teilung sich große Verdienste erworben hat und das noch heute in seinem Hauptsendegebiet in der Region Berlin-Brandenburg das meistgehörte Programm ist, ebenso erhalten werden sollte wie DS Kultur, das sich nach der Wende als eigenständiges Kulturprogramm entwickelt hat?

29. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Wie ist der Stand der Beratungen über die institutionelle und personelle Zukunft des Bundesverbandes für den Selbstschutz, und mit welchen konkreten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung versuchen, für Mitarbeiter, die auf ihren alten Arbeitsplätzen nicht mehr beschäftigt werden können, eine sozialverträgliche Lösung zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

30. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)

Welchen Fortgang haben die bilateralen Verhandlungen um Abschluß eines Vollstreckungshilfe-Vertrages mit dem Königreich Thailand seit September 1991 genommen, und welches sind ggf. die konkreten Hinderungsgründe dafür, daß eine Unterzeichnung bis heute nicht erfolgt ist?

31. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das heimliche Videofilmen einer Auszubildenden auf der Toilette und die dadurch offensichtliche Mißachtung ihrer Intimsphäre ohne strafrechtliche Konsequenzen für den Täter bleibt?

32. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(FDP)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um solche Verletzungen der Würde des Menschen zu bestrafen?
33. Abgeordnete
**Maria
Michalk**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß sich die Realeinkommen in den neuen Bundesländern nach Untersuchungsergebnissen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erhöht haben, und hält sie in diesem Zusammenhang die mit der 4. Verordnung über die Anpassung und Erhöhung von Unterhaltsrenten für Minderjährige vorgesehenen unterschiedlichen Regelsätze in den alten und neuen Bundesländern für gerechtfertigt?
34. Abgeordnete
**Maria
Michalk**
(CDU/CSU)
- Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, wenigstens anteilmäßig auch in den neuen Bundesländern die Unterhaltssätze für Minderjährige anzuheben, und zu welchem Zeitpunkt ist ggf. eine derartige Gleichstellung zu erwarten?
35. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
- Welche Pannen der bundesanwaltschaftlichen und polizeilichen Ermittlungen am Mord an Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer (1977) durch die RAF hat es gegeben, daß gegen die inzwischen begnadigte Angelika Speitel als mögliche Beteiligte nicht ausreichend ermittelt wurde und Frau Speitel zudem nach nur elf Jahren Haft wegen Mordes an einem Dortmunder Polizisten mit Zustimmung des Bundesministers der Justiz zur Begnadigung sich wieder auf freiem Fuß befindet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

36. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Verkehrswertermittlung für den von den US-Streitkräften im vergangenen Jahr geräumten Flugplatz Zweibrücken sich auf den Stichtag der Freigabe und auf die Eigenschaften, den Zustand und die Beschaffenheit des Grundstücks zum Freigabestichtag ohne Rücksicht auf die Planungsmaßnahmen der Stadt Zweibrücken beziehen wird?
37. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Liegt der Bundesregierung eine konkrete Planung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vor, wann, in welchem Umfang und mit welchen Methoden die Sanierung des Flughafengeländes des ehemaligen Militärflughafens Zweibrücken durchgeführt werden wird?

38. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die „Neujahrsfalle“ bei der Förderung von selbst genutztem Wohneigentum, das vor Ende eines Kalenderjahres erworben, aber erst nach Neujahr bezogen wird, und deshalb zur Zeit zur Reduzierung des Abzugszeitraumes von acht Jahren auf sieben Jahre führt, abzubauen, um dem Anspruch der Bürger auf Gleichbehandlung gerecht zu werden?
39. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Ist es richtig – wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe Nr. 6/1992 berichtet –, daß die Bundesregierung Druck auf westdeutsche Konzerne ausübt, damit diese unverkäufliche Ostbetriebe durch finanzielle Beteiligungen retten?
40. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten ein, mit Hilfe des „Volksaktien-Modells“ in den östlichen Bundesländern Bürgern mit geringem Einkommen den Erwerb von Eigentum zu ermöglichen und gleichzeitig auf diesem Wege strukturbestimmende Großbetriebe zu erhalten?
41. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- In welchem Umfang werden nach den jetzt bekanntgewordenen Ankündigungen der US-Regierung über einen schnelleren und umfangreicheren Abzug der US-Streitkräfte bis 1995 einheimische Zivilbeschäftigte mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze rechnen müssen, und wie verteilt sich nach dem heutigen Kenntnisstand der Bundesregierung dieser Personalabbau auf die einzelnen Regierungsbezirke Bayerns?
42. Abgeordneter
Albrecht Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Welche direkten und indirekten Kosten entstehen der Bundesrepublik Deutschland jährlich für die Stationierung der alliierten Streitkräfte, und wie verteilen sich diese auf die einzelnen Herkunftsländer?
43. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Welche Sicherungsmaßnahmen sieht die Bundesregierung für ehemalige NVA-Objekte vor, wie z. B. für das ehemalige NVA-Objekt Rhinow, Kreis Rathenow, Land Brandenburg, welches nach Auffassung der Bundesvermögensverwaltung Potsdam sich gegenwärtig nicht gewinnbringend verkaufen läßt und eine Arbeitsplätze schaffende Nutzungsübergabe an die Stadt Rhinow nicht für möglich hält, um zu verhindern, daß es durch Randalen, Einbrüche oder durch andere Einflüsse zur Zerstörung des Objektes kommt, und trägt dann gegebenenfalls das Bundesministerium der Finanzen die dadurch entstehenden Kosten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

44. Abgeordneter
Christoph Matschie
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß, wie die israelische Tageszeitung Ha'aretz berichtete, deutsche Firmen, die zur nuklearen und chemischen Aufrüstung des Irak beigetragen haben, jetzt die gleiche Technik an Iran verkaufen, und gibt es Erkenntnisse über weitere Firmen, die solche Lieferungen tätigen?
45. Abgeordneter
Christoph Matschie
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die oben genannten Lieferungen deutscher Firmen an Iran, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegenüber den betreffenden Firmen einleiten?
46. Abgeordneter
Jürgen Türk
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, im Zusammenhang mit den Hermes-Bürgschaften Liquiditätshilfen für Unternehmen, die hauptsächlich mit den ehemaligen RGW-Staaten gehandelt haben, in den neuen Ländern bereitzustellen, wenn sie durch die Veränderungen in Osteuropa in ihrer Existenz bedroht sind?
47. Abgeordneter
Jürgen Türk
(FDP)
- Wie schnell und auf welche Weise ließe sich hier eine praktikable Lösung finden?
48. Abgeordneter
Michael von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie viele Schiffsneubauten, die von ostdeutschen Werften für die ehemalige UdSSR fertiggestellt wurden, liegen zur Zeit auf Reede, weil die Finanzierung ungeklärt ist?
49. Abgeordneter
Michael von Schmude
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, mit einzelnen GUS-Staaten ein Abkommen über Fischereifangrechte zu treffen, um so im Rahmen einer Zusammenarbeit eine Kaufpreisfinanzierung zu erleichtern, oder beabsichtigt die Bundesregierung eine zusätzliche Hermes-Deckung bereitzustellen?

50. Abgeordneter
Dieter Schloten
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die deutschen Verkehrswege nicht von ausländischen Spediteuren genutzt werden, um Kriegswaffen in Länder zu liefern, für die deutsche Exporteure keine Exportgenehmigung erhalten würden?
51. Abgeordneter
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die besondere Bedeutung der Umstellung der Waffenproduktion auf zivile Produktion herausstellen, zu der sie sich zusammen mit den anderen KSZE-Staaten am 31. Januar 1992 in Prag bekannt hat?
52. Abgeordneter
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung diese Form der Konversion in den Staaten Osteuropas und besonders in der GUS fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

53. Abgeordnete
Regina Kolbe
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß es aufgrund der zum Jahreswechsel stark angestiegenen Zahl an Arbeitslosen in den neuen Ländern nicht wieder wie im Vorjahr zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Leistungen der Arbeitsämter kommt?
54. Abgeordnete
Regina Kolbe
(SPD)
- Wie ist von seiten der Arbeitsverwaltung in den neuen Ländern in personeller und verwaltungstechnischer Hinsicht sichergestellt worden, daß es angesichts der gestiegenen Zahl an Arbeitslosen nicht zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Auszahlung von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit kommt?
55. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) jeweils nur noch für sechs Monate zu genehmigen, und wenn ja, welche Argumente zur Sicherung des sozialen Friedens empfiehlt die Bundesregierung gegenüber den Bürgern, z. B. im Kreis Rathenow, Land Brandenburg, wo die Arbeitslosigkeit gegenwärtig 16,3% beträgt und nach Wegfall der ABM-Stellen von 2500 auf 444 im laufenden Jahr die Arbeitslosigkeit auf über 20% ansteigen wird?

56. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Initiative, die die bayerische Landesregierung in jüngster Zeit zur Durchsetzung der Hilfen zur häuslichen Pflege ergriffen hat, und welche gesetzlichen Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

57. Abgeordneter
Heribert Scharrenbroich
(CDU/CSU)
- Können Berufssoldaten auch noch nach dem 30. März 1992 eine vorzeitige Zurrufsetzung nach § 2 des PersStärkeG beantragen und damit rechnen, daß sie mit den Kameraden gleichbehandelt werden, die ihre Anträge vor diesem Datum vorlegten?
58. Abgeordneter
Hans Martin Bury
(SPD)
- Wie ist die rechtliche Begründung der Bundesregierung für den Einsatz der Bundesmarine in der „Godewind“-Affäre, soweit sie nicht Kommunikationsaufgaben übernommen hat, und trifft es zu, daß das Bundesministerium der Verteidigung den Einsatz auf § 13 Abs. 4 in Verbindung mit Absatz 1 Kriegswaffenkontrollgesetz stützt?
59. Abgeordneter
Ernst Schwanhold
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung, um den Frachter „Godewind“ zur Umkehr zu zwingen, auch Überlegungen angestellt hat, den Bundesgrenzschutz bzw. die GSG 9 mit dieser Aufgabe zu beauftragen, und warum hat sie sich dann für einen Einsatz der Bundeswehr entschieden?
60. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(FDP)
- Welcher zivile „spin-off“ ist bisher bei den einzelnen Entwicklungsprogrammen der jeweilig damit in Deutschland, England, Italien und Spanien beauftragten Firmen für die Gesamtentwicklung des Eurofighter (Jäger 90) entstanden, und welchen Wert bzw. welche Anwendungsmöglichkeiten haben die aus der Gesamtentwicklung des Jäger 90 gewonnenen technologischen Erkenntnisse für zivile Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsbereiche?

- | | |
|---|---|
| 61. Abgeordneter
Walter
Kolbow
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die öffentliche Medienkritik, daß der Jagdbomber MRCA-Tornado als eines der wichtigsten Waffensysteme der Luftwaffe „außer Kontrolle geraten“ sei? |
| 62. Abgeordneter
Walter
Kolbow
(SPD) | Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung nicht bereit, angesichts der verringerten Bedrohung darauf zu verzichten, immer mehr Geld in die offensichtlich fragwürdige Entwicklung eines Stör- und Täuschsenders zu stecken? |
| 63. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Welche Ursachen sind nach Ansicht der Bundesregierung für die Zunahme der Wehrdienstverweigerer auf nunmehr 150000 jährlich verantwortlich? |
| 64. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | Mit welchem Ergebnis hat der Bundesminister der Verteidigung in Abstimmung mit dem Bundesminister für Verkehr über die künftige Stationierung von SAR-Hubschraubern im Bundesgebiet entschieden, wie mir dies in einer Antwort auf Frage 47 in Drucksache 12/1099 angekündigt worden ist? |
| 65. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | Wohin wird der bisher in Bremgarten stationierte SAR-Hubschrauber der Bundeswehr verlegt, und wie wird durch die Stationierungsentscheidung sichergestellt, daß der südbadische Raum um die Großstadt Freiburg herum auch künftig auf SAR-Dienste rechnen kann? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

- | | |
|---|--|
| 66. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß aufgrund des Intensivpflegekräftemangels in der Herzchirurgie für Kinder Operationstermine abgelehnt bzw. verschoben werden, und daß wegen dieser Verzögerungen Kinder sterben? |
| 67. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) | Wenn ja, mit welchen Sofortmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung diesen unglaublichen Mißstand zu beheben? |

68. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD) Wie viele Krankenkassen mußten zum 1. Januar 1992 ihre Beitragssätze anheben, und um wieviel ist dadurch der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung angestiegen?
69. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD) Welche Verbindlichkeit mißt die Bundesregierung dem Grundsatz der Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung bei, wie er in den beiden deckungsgleichen Gesetzentwürfen zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz) der Bundesregierung (Drucksache 11/2493) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drucksache 11/2237) formuliert wurde?
70. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tannesberg)
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt legt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über die Berufe in der Massage und in der Krankengymnastik vor, und ist sie bereit, ähnliche zumutbare und moderate Übergangsvorschriften aufzunehmen, wie sie in den 50er Jahren für alle Dentisten geschaffen wurden?
71. Abgeordneter
Horst Jaunich
(SPD) Welche inhaltlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich eines Gesetzes über Psychotherapeuten?
72. Abgeordneter
Horst Jaunich
(SPD) Welche zeitlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich des Gesetzgebungsverfahrens?
73. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD) Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich eines möglichen Zusammenhangs zwischen den in jüngster Zeit vermehrt auftretenden und für die Erkrankten u. U. lebensbedrohlichen Salmonellenerkrankungen und der die Gesundheit der Tiere belastende Massentierhaltung, und ist die Bundesregierung bereit, mögliche Zusammenhänge durch geeignete Untersuchungen überprüfen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

74. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) Wird bei den Untersuchungen auch die Frage einer weiteren Elbequerung für den Schienenverkehr einbezogen, um den Engpaß Hamburg im Nord-Süd-Verkehr sowohl auf der Strecke

- Hamburg — Flensburg als auch Puttgarden/Lübeck — Travemünde/Skandinavienkai zu beseitigen?
75. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Sind mit einer Planung für eine Elbequerung westlich von Hamburg Planungen für eine Autobahnverbindung zur A 27, zur A 1 und/oder zur A 23 verbunden?
76. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Welche Gebiete kommen nach Auffassung der Bundesregierung aus ökologischen Gründen für die Elbequerung westlich von Hamburg nicht in Frage?
77. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Von welchem Verkehrsaufkommen geht die Bundesregierung bei den verschiedenen möglichen Elbequerungen westlich von Hamburg aus, und worauf beruhen diese Zahlen?
78. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD)
- Welche Überlegungen über eine Küstenautobahn Cuxhaven — Hamburg sind für die Bundesregierung mit einer Elbequerung westlich von Hamburg unmittelbar verbunden?
79. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD)
- Welche Varianten einer weiteren Elbequerung liegen den Untersuchungen, die nach Aussagen der Bundesregierung im Frühjahr 1992 vorliegen sollen, zugrunde?
80. Abgeordnete
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, nur der Bau einer weiteren Elbequerung könne Schleswig-Holsteins Verkehrsprobleme lösen, von einer weiteren Elbtunnelröhre profitiere in erster Linie der Hamburger innerstädtische Verkehr, und wenn ja, welche Verkehrszahlen liegen dieser Einschätzung zugrunde?
81. Abgeordnete
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
(SPD)
- Favorisiert die Bundesregierung auch den Bau eines weiteren Elbtunnels westlich von Hamburg?
82. Abgeordneter
Reinhold Hiller (Lübeck)
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Ankündigung vom Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, auf eine vierte Elbtunnelröhre zu verzichten und statt dessen eine weitere Elbequerung westlich Hamburgs zu bauen?

83. Abgeordneter
**Reinhold
Hiller
(Lübeck)
(SPD)**
- Wie hoch prognostiziert die Bundesregierung das Verkehrsaufkommen im Elbtunnel nach Fertigstellung der 4. Röhre?
84. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga
(SPD)**
- Von welchem Zeitraum geht die Bundesregierung aus, wenn sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage 12/1880 zur Verkehrsplanung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zur Lösung der Verkehrsprobleme im Hamburger Raum „mittelfristig“ von der Erforderlichkeit einer großräumigen Umfahrung der Hansestadt Hamburg gesprochen hat?
85. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga
(SPD)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung Aussagen der schleswig-holsteinischen Landesregierung, daß eine weitere Elbequerung wegen der notwendigen Abstimmungen zwischen dem Bund, den beteiligten Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Hansestadt Hamburg erst nach der Jahrtausendwende in Angriff genommen werden könnte?
86. Abgeordneter
**Günther
Heyenn
(SPD)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines Autobahnringes rund um die Hansestadt Hamburg mit einer nördlichen Trassenführung durch Schleswig-Holstein?
87. Abgeordneter
**Günther
Heyenn
(SPD)**
- Welche Auswirkungen auf die Verkehrsdichte der Bundesstraßen 206 und 404 erwartet die Bundesregierung innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre für den Fall, daß die vierte Elbtunnelröhre – wie vom Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, in den vergangenen Wochen mehrfach öffentlich geäußert – nicht gebaut wird?
88. Abgeordneter
**Norbert
Gansel
(SPD)**
- Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit einer endgültigen Aussage der Bundesregierung bezüglich der Reihenfolge der Verwirklichung der verschiedenen Projekte „4. Elbtunnelröhre“ und „Weitere Elbequerung“ zu rechnen, und bestehen bezüglich der planerischen und baulichen Umsetzbarkeit dieser verschiedenen Projekte zeitliche Unterschiede?
89. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker
(SPD)**
- Welche Anbindungen an eine mögliche Elbequerung westlich von Hamburg hält die Bundesregierung für denkbar?

90. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Welche Trassenführungen werden für Anbindungen der Elbequerung westlich von Hamburg von der Bundesregierung geprüft, und welche Ergebnisse solcher Prüfungen möglicher Trassen liegen der Bundesregierung zur Zeit vor?
91. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Wie sind bezüglich des von allen relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräften im Saarland, insbesondere im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt, für äußerst dringlich erachteten Weiterbaus der Autobahn A 8 von Merzig-Wellingen bis zur Luxemburger Grenze die in der „Saarbrücker Zeitung“ vom 27. Januar 1992 verbreiteten Wortlautformulierungen vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, „Die A 8 muß schnellstens kommen, sonst nabeln wir uns ein Stück aus Europa ab“ und „Die A 8 wird kommen“ zu verstehen?
92. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Wann kommt das von Kollegin Trudi Schmidt mit Schreiben vom 30. Oktober 1991 im Namen aller saarländischen Bundestagsabgeordneten erbetene Gespräch mit einem Vertreter der politischen Leitungsebene des Bundesministeriums für Verkehr über die ortsdurchfahrtsfreie Verbindung zwischen der BAB A 620 (Saarlouis) und dem Autobahnkreis St. Avold einschließlich einer Querspange zwischen der BAB A 620 und B 51 (neu) zustande?
93. Abgeordneter
**Hermann
Bachmaier**
(SPD)
- Weshalb hat die Bundesregierung den Waffentransport nach Syrien nicht bereits verhindert, als die „Godewind“ am 14. Januar 1992 den Hamburger Hafen anließ, um dort weitere Fracht zuzuladen?
94. Abgeordneter
**Hermann
Bachmaier**
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung erst am 29. Januar 1992 Maßnahmen gegen den illegalen Kriegswaffentransport durch den deutschen Frachter „Godewind“ ergriffen, obwohl sie bereits am 3. Januar 1992 durch die deutsche Botschaft in Prag über diesen Waffentransport informiert wurde?
95. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen**
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Wie hat sich in den vergangenen Jahren die Unfallhäufigkeit an Bahnübergängen, die nicht durch Halbschranken gesichert sind, entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, in Anbetracht der oftmals schrecklichen Folgen von Zusammenstößen von Personenkraftwagen und Zügen an Bahnübergängen die Unfallfolgen durch bauliche Veränderungen der Lokomotiven, z. B. Abweiser, zu mildern?

96. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Welche Umstände haben zu dem Zugunglück am 24. Januar 1992 bei Lehrte geführt, und welche Schlußfolgerungen zieht die Deutsche Bundesbahn hieraus?
97. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Wie kommt es, daß allein im Bereich Hannover die Lokführer im vergangenen Jahr durchschnittlich 26 Tage mehr arbeiten mußten als tariflich vorgesehen, und aus welchen Gründen gehen Lokführer der Deutschen Bundesbahn im Schnitt bereits mit 55 Jahren in den Ruhestand?
98. Abgeordneter
**Dr. Olaf
Feldmann**
(FDP)
- Warum hat die Deutsche Bundesbahn bisher in ihren Großraumwagen zur Personenbeförderung erster und zweiter Klasse in den ICE/EC/IC-Zügen anstelle der halb-offenen Glastrennwände zwischen den Sitzreihen kein geschlossenes Trennsystem (durch Glasschiebetüren oder andere Techniken) zwischen den Raucher- und Nichtraucherbereichen eingeführt, um das krebsfördernde und allgemein gesundheits-schädliche passive Mitrauchen für Nichtraucher möglichst gering zu halten, und ist die Deutsche Bundesbahn grundsätzlich bereit, ein solches geschlossenes Trennsystem für beide Klassen in ihren Großraumwagen einzuführen, wie dies bei der Schweizer Bundesbahn in den sogenannten Clubwagen durch ein entsprechendes geschlossenes Trennsystem bereits seit Jahren praktiziert wird?
99. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Wo im Raum Hamburg soll nach Auffassung der Bundesregierung der Bahnhof für die geplante Transrapid-Strecke Hamburg — Berlin angesiedelt werden, und welche Autobahntrasse ist im Bereich Hamburg/Schleswig-Holstein gleichzeitig als Trasse für den Transrapid vorgesehen?
100. Abgeordneter
**Reinhard
Weis
(Stendal)**
(SPD)
- Wie sichert die Bundesregierung im Planfeststellungsverfahren der Hochgeschwindigkeitsstrecke Hannover — Berlin die Unparteilichkeit der Planfeststellungsbehörde gegenüber dem Vorhabensträger, wenn sie gestattet, daß die Planungsgesellschaft Schnellbahnbau mit Schreiben vom 15. November 1991 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange unter Hinweis auf ein vorhandenes Investitionsmaßnahmegesetz abfordert?
101. Abgeordneter
**Reinhard
Weis
(Stendal)**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung für die Trassierung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Hannover — Berlin im Streckenabschnitt Vinzelberg — Hämerten vertiefende Untersuchungen von Alternativen zur Südumfahrung, wie sie von der Stadt Stendal eingeklagt werden, veranlassen, falls die Planfeststellung über das Verfahren eines Investitionsmaßnahmegesetzes durchgeführt werden soll?

102. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Trifft es zu, daß beim neuen Flughafen München II möglicherweise nur die Hälfte aller in den Schutzzonen liegenden Anwesen bis zur Flughafeneröffnung mit den ihnen rechtlich zustehenden Lärmschutzvorrichtungen ausgestattet sein werden, und was sind die Gründe für eine derartige Verzögerung?
103. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Weng**
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die privatvertraglichen Gegebenheiten im Zusammenhang mit dem Neckarhafen Plochingen einer Revision bedürfen, weil entgegen der ursprünglichen Planung der Neckar nicht weiter schiffbar gemacht wird und damit Plochingen Endhafen bleibt?
104. Abgeordneter
**Albrecht
Müller**
(Pleisweiler)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und welche gedenkt sie zu ergreifen, um der Forderung von Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, vom 14. November 1991 nach einer „umweltgerechten Verkehrspolitik“ und speziell zur „Verkehrsvermeidung“ gerecht zu werden?

Bonn, den 7. Februar 1992